

# Die griechische Schuldentragödie

## Wie aus einer Bankenkrise eine griechische Gesellschaftskrise gemacht wird.

Die Finanzkrise ist zur Dauernachricht geworden. Jetzt soll sie vor allem eine Schuldenkrise der Staaten sein. Griechenland soll so verschuldet sein, dass es das „Vertrauen der Märkte“ verloren hat. Dadurch fühlen sich die Staatsoberhäupter anderer Länder berechtigt, der griechischen Bevölkerung ein Verzichtsprogramm von historischen Ausmaßen überstülpen zu dürfen. Zugleich soll damit wohl die Warnung an die anderen Gesellschaften der EU ausgesprochen werden. Wer sich nicht der Disziplin der Finanzmärkte unterwirft und weiter in „Saus und Braus“ lebt, dem wird es so gehen wie den Griechen...

ΠΟΣ ΒΑΕΤΟΥΝ ΤΗΝ ΕΥΡΩΤΗ ΟΙ ΓΕΡΜΑΝΟΙ



: "So stellen sich die Deutschen Europa vor", Karrikatur aus Griechenland (Quelle: Magazin Drache, München)

### Austeritätspolitik

Austerität bedeutet Einschränkung, Sparsamkeit, Enthaltensamkeit. Mit diesen Worten wird heute eine Vorgehensweise der öffentlichen Hand bezeichnet, die die Ausgaben immer mehr einschränkt, um Gelder frei zu bekommen für die Zinszahlung und Schuldentilgung. Aus der Sicht der Regierenden und wohl auch der Geldelite in Europa ist das der einzige Weg um die Staaten aus der Schuldenfalle zu befreien. Die Schuldenkrise soll also durch die Masse der Bevölkerung bewältigt werden. Die Arbeitenden sollen durch niedrige Löhne und hohe Steuern, und der Empfänger staatlicher Leistungen durch verringerte Zahlungen die Verluste der Banken und Investoren bezahlen. Austerität heißt auch: Nicht betrachtet wird die Möglichkeit der Schuldenstreichungen oder von Schuldenaudits oder von Steuereinnahmen bei den Vermögenden. Nicht aufkommen soll auch die Frage, ob die Schulden und die dahinterstehenden Vermögen für eine Gesellschaft überhaupt dauerhaft tragbar sind.

Nachdem viele Entwicklungsländer das schon hinter sich haben, wird erstmals dieses ökonomische Rezept jetzt in Europa angewendet und Griechenland leidet schon jetzt massiv darunter. Es hätte auch viele andere Staaten treffen können: Japan hat eine viel größere Verschuldung in Relation zur Wirtschaftskraft, die USA ist mit Abstand der größte Schuldner der Welt, und auch Deutschlands Staatsschulden sind im Verhältnis in den letzten Jahren genauso schnell gewachsen wie jene Griechenlands. Im Vergleich sind Griechenlands Schuldenbeträge gering. Aber es wirkt so, dass Griechenland ein Testfall sein soll, um zu ermitteln, wie weit eine solche Politik, die den Reichen einseitig nützt und ihren Besitz garantiert, gehen kann.

### Keine Staatsschuldenkrise sondern langjähriger Krisenprozess!

Diese Krise ist ein lange fortlaufender Prozess, der schon in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts begann. Immer dann, wenn das Wirtschaftssystem zu viel Vermögen aufgebaut hatte, wurden neue Anlagemöglichkeiten für das Kapital gesucht. Zuerst waren es die Entwicklungsländer die verschuldet wurden, bis sie überschuldet waren und zahlungsunfähig wurden. Dann ging das überflüssige Kapital in die Aktienmärkte, bildete dort eine Blase, die im Jahr 2000 in der Aktienkrise platzte. Jetzt wurde das überflüssige Geld in die Immobilienmärkte investiert, in USA (Subprime- Krise), in Spanien und England, bis auch das im Jahr 2007 platzte. Als regionale Erscheinung sei die Immobilienkrise in Japan im Jahr 1990 genannt, an deren Folgen Japan heute noch kränkelt. Auch die Immobilienspekulation der Berliner Landesbank um das Jahr 2000 herum ist hier ein Beispiel. Sie führte zum Berliner Bankenskandal und das Land Berlin in eine hohe Verschuldung. Aus der Subprime-Krise in der USA entwickelte sich die Bankenkrise um die Pleite der Lehman - Bank im Jahr 2008. Mit hunderten von Milliarden Euro Steuergeld auf Pump wurde das globale Bankensystem, das insolvent war, vor der Pleite bewahrt. Dadurch stiegen die staatlichen Verschuldungen etwa um ein Viertel in die Höhe. Im Jahr 2009 waren dann starke Schrumpfungsprozesse in den verschiedenen Volkswirtschaften sichtbar, die durch die Regierungen wieder mit Konjunkturprogrammen auf Schuldenbasis bekämpft wurden. Im Jahr 2010 wurde dann die Überschuldung der Staaten offenbar, inszeniert durch private Ratingagenturen, die Bestandteil des globalen Finanzcasinos sind. Und die suchten sich das leichteste Opfer aus: Griechenland.

Und seit 2011 sind die Europäischen Staaten dabei, sich von den Akteuren der Finanzmärkte erpressen zu lassen: Die Schulden sollen eingetrieben werden ohne Rücksicht auf die Folgen für die Gesellschaft und die Kosten für die Volkswirtschaft.

Es ist also keine Schuldenkrise der Staaten. Was wir hier sehen, ist zum einen eine langfristige Krise des Wirtschaftssystems, das mit Überfluss an Kapital nicht umgehen kann. Zum anderen sind die Ursachen dieser Krise auch in ökonomisch falschen Rezepten zu suchen: eine überstürzte Einführung einer gemeinsamen

Währung ohne die notwendige Kooperation bei der Lohnfindung und der Finanzierung der Sozialsysteme. So konnte der Ausgleich der verschiedenen Volkswirtschaften nur noch über die Löhne und Sozialabgaben stattfinden und nicht mehr über Währungskursschwankungen. Dazu kommt noch die Steuerpolitik der letzten 20 Jahre: wären die Steuern für Kapitaleinnahmen so hoch wie vor 20 Jahren, bräuhete sich Deutschland nicht weiter zu verschulden.

### Warum hat sich der griechische Staat so verschuldet?

Die Verschuldung des griechischen Staates tendierte bis zum Jahr 2007 in etwa bei der Wirtschaftsleistung eines Jahres (100% vom BIP). Somit war Griechenland eigentlich auf einem guten Weg, es verschuldete sich nicht mehr als die Gesamtwirtschaft gewachsen ist. Um die Defizitkriterien für die Euro-Einführung zu erreichen war es trotzdem notwendig, dass die griechische Regierung ihre Defizite statistisch versteckt hat. Dabei kam ihr die US-Großbank Goldman-Sachs zu Hilfe, indem Kredite als Währungstauschgeschäfte getarnt wurden. (Quelle Elke Schenk, ATTAC-Stuttgart)

Erst ab dem Jahr 2008 ging es durch die Kosten der Bankenrettungsaktionen und der nachfolgenden Konjunkturprogramme im Gefolge der Wirtschaftskrise mit den Staatsschulden steil bergauf, auf heute ca. 150% vom BIP. Durch die negativen Urteile der Rating-Agenturen wurden dann die Zinsen in die Höhe getrieben: von ca. 4% noch in 2008 auf 18% in Jahr 2011. Das kann kein Schuldner bezahlen.

### Bezahlen soll: die breite Bevölkerung

In Griechenland soll jetzt die breite Bevölkerung dafür aufkommen. Der neue Not-Kreditgeber, die EU und die EZB erlauben der griechischen Politik aber nur Maßnahmen, die die Armen, Arbeitslosen, Rentner und Beschäftigten treffen.

### Steuerpolitik:

Der griechische Staat hat ein Problem, seine Steuereinnahmen zu gewährleisten. Gleichzeitig treibt er zu wenig Steuern von Reichen, Unternehmen und Selbstständigen ein. Da der Staat dringend Geld braucht, die Steuerbehörden aber noch nicht in der Lage sind, die Einkommensangaben genau zu kontrollieren, werden der Einfachheit halber Pauschalsteuern erhoben, die alle gleich belasten, unabhängig davon wie viel sie verdienen. Gleichzeitig gibt es erhebliche Steuerhinterziehungen. Geschätzt wird, dass dem Staat 30% hinterzogener Mehrwertsteuereinnahmen entgehen und dass die Summe an Steuerhinterziehung 19 MRD € ausmacht, 8% der gesamten Wirtschaftsleistung. (Quelle: Elke Schenk, ATTAC-Stuttgart und TAZ, 16.01.12)

Und so greift der griechische Staat auf Steuerarten zurück, die leicht einzutreiben sind. Neu eingeführt wurde als Beispiel die „Außerordentliche Sondergebühr für elektrifizierte bebaute Flächen“ (ΕΕΤΗΔΕ = Έκτακτο Ειδικό Τέλος Ηλεκτροδοτούμένων Δομημένων Επιφανειών). Die Steuer belastet Immobilien, die am Stichtag elektrifiziert waren. Abgerechnet wird mit der Stromrechnung. Zahlt der Steuerzahler nicht, wird der Strom abgestellt. Die Steuer ist nur von der Wohnfläche abhängig, steuerpflichtig sind auch Arbeits- und

Einkommenslose. Faktisch zahlt ein reicher Grieche fast das gleiche wie ein völlig mittelloser Mitbürger.

„Selbst bei vielen lebenswichtigen Gütern wird mittlerweile eine Mehrwertsteuer von 23 % fällig, sodass Lebensmittel oft teurer sind als in Deutschland“ (Quelle TAZ vom 25.01.2012)

2011 wurde eine Kopfsteuer von 300 Euro zusätzlich zur Jahreseinkommenssteuer eingeführt. In diesem Jahr wird die Kopfsteuer für Freiberufler auf 500 € erhöht, 2013 werden voraussichtlich 1000€ fällig. Diese Steuer wird völlig unabhängig von der Einkommenshöhe erhoben.

In dieser Situation lässt es sich der griechische Staat aber nicht nehmen, auch noch Steuersenkungen zu beschließen: Die geplante Reduzierung der Körperschaftssteuer (=Steuer auf Firmengewinne die nicht einer einzelnen Person gehören) von 24% auf 20% wird vorgezogen von 2014 auf 2011.

(Quelle: Elke Schenk, Ankündigung gr. Fin.Min. vom 02.06.2010) Gleichzeitig verfügt der griechische Finanzminister dass die Steuerhinterziehungen vergangener Jahre großzügig legalisiert werden: 75% der ausstehenden Steuerschuld von Reichen und Selbstständigen in Höhe von 24 MRD €, etwa 10% der wirtschaftlichen Leistung eines Jahres, sollen abgeschrieben werden. (Quelle: Elke Schenk, ATTAC-Stuttgart)

### Das Märchen vom faulen Griechen - Die Situation der griechischen Arbeitnehmer

Insbesondere die Bild-Zeitung hat das Bild vom „faulen Griechen“ kräftig befördert.



Quelle: [www.bildblog.de](http://www.bildblog.de)

„Seltsam, dass die Jahresarbeitszeit eines Griechen im Durchschnitt sechs Prozent höher ist als die eines Deutschen“ (Quelle: ISW-München, 03.2012)

Die Lage der arbeitenden Menschen ist sehr unterschiedlich, abhängig davon, ob jemand im öffentlichen Sektor oder in der Privatwirtschaft arbeitet. Die rund 800000 Staatsbediensteten genossen bisher erhebliche Vergünstigungen- einschließlich der Möglichkeit, ab dem 55. Lebensjahr in Rente zu gehen.

In der Privatwirtschaft ist dies anders. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit beträgt 41,6 Stunden, gegenüber EU-Durchschnitt von 37,4 Stunden. Der griechische Arbeitnehmer hat durchschnittlich 33 Urlaubs- und Feiertage pro Jahr, der deutsche dazu im Vergleich

40,5 (Quelle: FAZ 22.06.2011) Das Renteneintrittsalter liegt bei 61,4 Jahren, in Deutschland bei 61,7 Jahren. Das Lohnniveau liegt bei nur 73% und die Rentenhöhe bei 55% des EU-Durchschnitts. Jeder vierte Grieche verdient weniger als 750 € pro Monat.

Beim Arbeitslosengeld gibt es nach einem Jahr Dauer keine weitere Zahlung mehr, die Menschen fallen in die Mittellosigkeit.

Als Maßnahme zur „Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit“ soll auf massives Betreiben der EU und der "Troika" der Arbeitsmarkt dereguliert werden:

Überstundenzuschläge werden gekürzt, Probezeiten verlängert auf 1 Jahr, es wird eine untertarifliche Entlohnung erlaubt, die bis zu 25% unter den jeweils niedrigsten Tariflöhnen liegen darf, Zeitarbeit und Entlassungen werden erleichtert. Dieses Gesetz wird selbst von der konservativen Presse als „Rückkehr ins arbeitsrechtliche Mittelalter“ gescholten.

(Quelle: Elke Schenk, ATTAC- Stuttgart)

Die Bedingungen der EU zur weiteren Kreditvergabe sollen sogar ein Verbot von Lohnerhöhungen bei Tarifverträgen beinhalten.

### Die Sozialen Folgen der Kürzungspolitik

Über 25% der Menschen leben bereits unter der Armutsgrenze. Durch die rigiden Kürzungen der Löhne und der Renten in Höhe von ca. 40%, dem Anstieg der Arbeitslosenquote auf über 20%, der Zerschlagung des Rentensystems und der Tarifverträge, und die Aushöhlung der Demokratie, wird Griechenland zum Experimentierfeld für die Durchsetzung eines neoliberalen sozialen und politischen Kahlschlages in ganz Europa.

(Quelle: Einladung zu einer Veranstaltung des Sozialforums in München März 2012)

Im letzten Jahr musste jeder griechische Haushalt Einkommensverluste in Höhe von rund 5.600 Euro hinnehmen. Damit muss jeder griechische Bürger auf durchschnittlich 14 Prozent des Einkommens verzichten. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei rund 50 Prozent. Fast jede(r) Dritte hat keine Krankenversicherung mehr. Immer mehr griechische Kinder landen in SOS-Kinderdörfern, weil die Eltern kein Geld mehr haben.

Die jüngsten von der Troika aufgezwungenen Sparbeschlüsse sehen weitere drastische Einschnitte vor. Der Mindestlohn soll von 751 Euro um ein Viertel auf 586 Euro gesenkt werden. Pro Stunde sind das nur noch 3,34 Euro statt bisher 4,28 Euro. Das Arbeitslosengeld soll um 30 Prozent auf 322 Euro gekürzt werden. Die Renten sollen um 10 bis 15 Prozent sinken. Darüber hinaus sollen bis 2015 rund 150.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes entlassen werden. Wenn diese Operation „gelingt“, dann ist der Patient endgültig tot. (Quelle: Eurokrise ohne Ende, WIPO-Verdi Nr. 2)

### Die Folge: Fehl- und Mangelernährung in Griechenland

Die Finanzkrise wirkt sich inzwischen auch in der Ernährungssituation in der Bevölkerung aus. „Schüler suchen Essenreste aus den Mülleimern heraus oder stehlen sogar das Butterbrot anderer Mitschüler. In einer Schule mit 200 Kindern hungern im Schnitt 15 Kinder. (Quelle: Drachme, Nr. 10)

Der neue Bestseller im griechischen Büchermarkt heißt „Die Rezepte des Hungers“. Dieses Buch ist eine Sammlung von preiswerten und einfachsten Rezepten,

die schon während der deutschen Besetzung Griechenlands in den damaligen Zeitungen erschienen um der griechischen Bevölkerung das Überleben zu erleichtern. („Der Westen“, 04.03.2012)



Immer mehr Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze  
Foto aus Magazin Drachme ©dimostanagras

### Der wirtschaftliche Druck entlädt sich - politischer Selbstmord

Werden Gesellschaften von mächtigen Interessen oder Ideologien in die Enge getrieben, kann es auch zu öffentlichen politischen Selbstmorden kommen. In der DDR war dies die Selbstverbrennung von Pfarrer Brüsewitz, in Tibet gibt es zahlreiche Selbstverbrennungen von Mönchen, die damit gegen die Handlungen der Chinesischen Regierung protestieren. Die arabische Revolution ist ausgegangen von einer Selbsttötung eines Demonstranten. Auch Griechenland hat jetzt den 77 jährigen Rentner Dimitris Christoulas, der mit diesem finalen Mittel gegen die herrschende Sparpolitik Stellung bezieht. Hier der übersetzte Abschiedsbrief:

*Die Besatzungsregierung Tsolagoglou hat wortwörtlich die Möglichkeit meines Überlebens auf null gesetzt, die sich auf eine menschenwürdige Rente stützte, für die ich 35 Jahre lang selbst aufkam (ohne jeglichen Zuschuss vom Staat).*

*Weil ich ein Alter erreicht habe, dass mir nicht die persönliche Möglichkeit gibt um dynamisch zu reagieren (ohne jedoch auszuschließen, dass wenn der erste Grieche ein Kalashnikov ergriffen hätte, ich dann der zweite wäre), finde ich keine andere Lösung als ein würdiges Ende, bevor ich die Mülltonnen durchwühle um mich zu ernähren.*

*Ich glaube, dass die Jugend ohne Zukunft, eines Tages die Waffen ergreift, und am Platz der Verfassung die nationalen Verräter mit dem Kopf nach unten aufhängen wird, wie die Italiener 1945 mit Mussolini taten (am Platz Loreto in Meiland).*

Offenbar haben die Verantwortlichen in der griechischen Regierung große Angst vor gewaltsamen Ausbrüchen der Bevölkerung, die in die Enge getrieben wird. In Telepolis vom 09.08.2010 wird davon geschrieben, dass per Notfallverordnung im Konfliktfall das Militär gegen Demonstranten eingesetzt werden soll.

### Die Reichen bringen ihr Geld ins Ausland:

Dieses Verhalten der Reichen ist zwar zu bedauern, aber durchaus rational. Schlimm ist es, dass die Staaten der EU und damit auch Griechenland das zulassen. 500 MRD € haben die reichen Griechen in den letzten Monaten außer Landes geschafft in die Steueroasen und sicheren Häfen für Finanzen in der ganzen Welt. Es gibt kaum mehr Reiche Griechen mit Wohnsitz in Griechenland. Somit können diese sich jeder Steuerlast entziehen. (Quelle: TAZ 22.02.2012)

Laut der griechischen Zeitung Kathimerini vom 10.02.2011 haben Steuerflüchtlinge aus Griechenland 600 MRD € auf Schweizer Konten angelegt. Das ist immerhin so viel wie die Wirtschaftsleistung von mehr als 2 Jahren der griechischen Wirtschaft. (aus Elke Schenk, ATTAC-Stuttgart)

#### **Ausnahme: Rüstung**

Bedingung beim ersten Rettungspaket der EU war, dass Griechenland überall spart, nur nicht bei den Rüstungsprojekten. Beim zweiten Rettungspaket sollen jetzt auch die Militärausgaben gekürzt werden. (Quelle: TAZ 22.02.2012, Seite 4)

Die Hans Böckler-Stiftung hat ausgerechnet, wie es in Deutschland aussehen würde, wenn man die den Griechen aufgezwungene Sparpolitik auf deutsche Verhältnisse umrechnet:

- die Monatsgehälter im öffentlichen Dienst müssten um 490 € gesenkt werden
- dann würden 460.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst ihren Job verlieren
- müssten Rentner auf 1000 Euro im Jahr verzichten
- würde der Beitrag zu den Krankenkassen um 530 € pro Jahr steigen
- bekämen Arbeitslose 900 € im Jahr weniger
- würde die Mehrwertsteuer von 19% auf 22% steigen
- würden Zigaretten, Alkohol und Benzin um ein Drittel teurer werden
- würden die Preise der Bahn um 25% steigen
- Reduzierung des Bundeshaushaltes um 200 MRD €, bei einem Gesamthaushalt von 300 MRD €

#### **Die Ursachen der griechischen Schuldenkrise**

Der griechische Staat ist durch das verantwortungslose Handeln von Investoren, Bankkonzernen, korrupten griechischen Politikern, Ökonomen, die falsche Informationen verbreitet haben und parteiischen privaten Ratingagenturen in eine Lage getrieben worden, in der er zur Rückzahlung fällige Schulden durch die Neuaufnahme von Krediten nicht mehr refinanzieren kann. Die Kreditzinsen für die neuen Kredite sind durch die „Märkte“ so hoch getrieben worden, dass das Land damit überfordert wäre.

So musste die EU einspringen, um einen Zahlungsausfall zu vermeiden. Dies hat sie auf Betreiben der Bankkonzerne und der parteiischen Ökonomen als einzige Lösung des Problems ausgegeben. Damit konnten Reiche geschont werden und die Lasten einseitig auf die Bevölkerung abgewälzt werden.

Offenbar hat die globale Geldelite und die neoliberalen Ökonomen das Desaster um Griechenland auch als Gelegenheit empfunden, die von ihnen vertretenen Rezepte der Wettbewerbsordnung, der Privatisierung, der Niedriglöhne, der privaten Versicherung, des Abbaus der Sozialen Sicherungssysteme und der flexibilisierten

Arbeitsverhältnisse ohne Nachfrage bei der Bevölkerung im Schnelldurchlauf durchzusetzen.

Und so werden „Die Kredite ..eingetrieben ohne Rücksicht auf volkswirtschaftliche Verluste. Es wird nicht geprüft, wie Kredite zustande gekommen sind, beispielsweise in Griechenland durch korrupte Regierungen und gemeinsame Manipulationen von griechischer Zentralbank und Goldman Sachs. Die Empfehlungen der Agenturen beinhalten nie die Reduzierung von Rüstungskosten oder die haushaltssanierende Einführung von Gewinn- und Finanzsteuern. Die Enteignung von Unternehmen, Staaten, Rechtsansprüchen von Beschäftigten und Bürgern ist die Folge. Ebenso führt dies zur Entdemokratisierung und zur Etablierung autoritärer Regimes.

(Quelle: Werner Rügemer in Junge Welt 07.04.2012)

#### **Wir setzen unsere Forderungen dagegen:**

Wir fordern dazu auf, die Alternativen zur einseitigen Sparpolitik in Betracht zu ziehen:

Ein Schuldenaudit für alle betroffenen Länder. Ungerechte Schulden werden nicht zurückgezahlt.

Die Schere zwischen Arm und Reich schließen durch Steuern auf Vermögen und Erhöhung der Spitzensteuersätze.

Einführung der Finanztransaktionssteuer, um Finanzspekulationen einzudämmen.

Aufteilung und Verkleinerung der Großbanken, bis sie im Insolvenzfall nicht mehr der Gesellschaft gefährlich werden können.

Solidarität mit denen, die sich organisieren und gegen die Krise kämpfen, wie streikende Belegschaften oder Krankenhäuser, die selbst verwaltet werden.

Unterstützung des Aufbaus sozial-ökologisch sinnvoller Wirtschaftszweige in Griechenland, Spanien und Portugal.

Aufbau eines demokratischen Europas mit sozialen Grundrechten statt einen Europa der Konzerne.

**Das Flugblatt wurde erstellt vom Bernhard Thomas im Rahmen von "Runder Tisch Eurokrise" aus München, einem Zusammenschluss von Mitgliedern des Sozialforums München, Mitgliedern von ATTAC-München, Mitgliedern des griechischen Vereins Dialogos aus München, dem Magazin "Drachme", München und weiteren Einzelpersonen**

**VISDP. Bernhard Thomas, Schwalbenstr. 9, 82110 Germering  
Eigendruck im Selbstverlag**